

# Rede der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Iris Walters zum Haushalt 2020 der Stadt Pfungstadt



Pfungstadt, 27. Januar 2020

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung.

*„Die Welt schaut auf Pfungstadt“.*

Hier und heute wollen wir gemeinsam auf den Haushalt schauen. Ist er etwa alternativlos? Werden ihn die sogenannten etablierten Parteien genehmigen?

Sie erinnern sich? Mit der Genehmigung der Haushaltssatzung 2019 hatte die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich den Beschluss gefasst, die Reset-Taste zu drücken und damit die ordentlichen Fehlbeträge der Vergangenheit zulasten des Eigenkapitals zu tilgen. Mit dieser einmaligen Option wollte das Land Hessen den Kommunen einen unbelasteten Neustart ermöglichen.

Wer glaubt, dass unser Bürgermeister gemeinsam mit der Ersten Stadträtin aus den Erfahrungen der Vergangenheit gelernt und die Fehler der Vergangenheit zu einem Sinneswandel geführt hätten, den müssen wir leider enttäuschen.

Nach dem Drücken der Reset-Taste bestand kein Sparzwang mehr. Es wurden langfristige Verpflichtungen eingegangen deren finanzielle Auswirkungen bestenfalls grob geschätzt werden können. Unter Zeitdruck und wegen der angeblich vielen Mitbewerber mussten wir uns frühzeitig für den Hessentag 2023 bewerben. Für die 10-Tagesparty wird ein Verlust von 2,3 Mio. € erwartet. Wir hätten uns mehr Zeit für diese Entscheidung nehmen sollen. Zu unserem Bedauern scheiterte die Initiative der UBP für ein Vertreterbegehren<sup>1</sup>. Die Bürger sind am Ende des Tages die eigentlich Betroffenen. Sie müssen letztendlich für das Defizit, das im Finanzkonzept verharmlosend als Zuschussbedarf bezeichnet wird, aufkommen.

Wir haben letztes Jahr den Antrag unterstützt, dass die Stadt zur Stärkung der wirtschaftlichen Solidität jährliche Rücklagen in Höhe von 1 Mio. € bilden muss. Bereits im ersten Jahr wird diese Zielvorgabe klar verfehlt. Glauben sie nicht, dass dieses Ziel trotz rückläufiger Steuererträge nicht erreichbar gewesen wäre.

Der Betreibervertrag für die Kita Nordwest an die AWO wurde unserer Meinung nach in einem gesetzeswidrigen Vergabeverfahren und ohne finanzielle Absicherung vergeben. Wer einem Dienstleister Blankoschecks ausstellt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er am Jahresende Rechnungen in ungeahnter Höhe präsentiert bekommt.

---

<sup>1</sup> Seit dem 1. Januar 2016 kann auch die Gemeindevertretung anstelle einer eigenen Entscheidung die Durchführung eines Bürgerentscheids beschließen; das sogenannte Vertreterbegehren. Diesem Beschluss müssen mindestens zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Gemeindevertretung zustimmen.

# Rede der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Iris Walters zum Haushalt 2020 der Stadt Pfungstadt

Pfungstadt, 27. Januar 2020

---

Ich zitiere an dieser Stelle Herrn Peter Altmeier, den Bundeswirtschaftsminister:

„Soziale Wohltaten mit dem Füllhorn zu verteilen, das geht nicht mehr. Wir sind hier an den Grenzen der politischen Gestaltungsspielräume angelangt.“ Soziale Sicherheit könne man sich nur leisten, solange das Wirtschaftswachstum intakt ist.<sup>2</sup>

Der Budgetprozess 2020 in Pfungstadt ist symptomatisch für die unseriöse, wahlpolitisch getriebene Wirtschafts- und Finanzpolitik des Bürgermeisters und der ihn unterstützenden Fraktionen. Normalerweise beantragen die Fachämter Mittel, die sie bei realistischer Planung benötigen. Sie sind an der Basis dafür verantwortlich, dass sie ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen können. Dabei sollten keine Luftschlösser gebaut werden. Im Rahmen des Budgetierungsprozesses kann der Bürgermeister anschließend je nach Wertigkeit der Haushaltspositionen Korrekturen vornehmen, um den Stadtverordneten ein akzeptables Gesamtergebnis präsentieren zu können. Für diese Vorgehensweise hätten wir Verständnis. In Pfungstadt läuft das anders. Der Bürgermeister kürzt pauschal über fast alle Produktbereiche, da der Haushalt ansonsten nicht genehmigungsfähig wäre. Diese Rasenmäher-Methode geht weit über das vertretbare Maß hinaus.

Im Haushaltsjahr 2019 haben wir erlebt, wohin diese Fiskalpolitik führt. In den Ausschüssen und in der Stadtverordnetenversammlung wurden wir mit einer Vielzahl überplanmäßiger Mittelverschiebungen konfrontiert. Fachämter mussten genehmigte Mittel freigeben, damit sie an anderer Stelle für Pflichtaufgaben ausgegeben werden können. Wir reden hier nicht über zweitrangige Sach- und Dienstleistungen. Dies ist keine Lappalie. Ohne diese Mittelverschiebungen wäre die Entlohnung des eigenen Personals in der Verwaltung gefährdet gewesen. Unter diesen Umständen wurden wir genötigt, diesen Geldverschiebungen zuzustimmen. Wer will schon verantworten, dass das eigene Personal den Lohn oder das Gehalt nicht pünktlich ausgezahlt bekommt.

Dem Bürgermeister fehlt offensichtlich der Mut, Steuer- und/oder Gebührenerhöhungen zu beantragen. Das ist unpopulär und kostet Wählerstimmen. Wer populistische Anträge stellt, möge doch bitte auch sagen, wie sie finanziert werden sollen. Hier beziehen wir uns in erster Linie auf Aufwendungen, die nachhaltig und substanziell den Ergebnishaushalt belasten. Eine Fraktion propagiert sogar die Abschaffung der wiederkehrenden Straßenbeiträge, lehnt aber kategorisch Steuererhöhungen ab. Wie soll das bitte funktionieren?

**Zum Komplex Brauerei, Dachverband und Schwimmbad gibt es Neuigkeiten, die wir Ihnen nicht vorenthalten möchten:**

Wir sind dem Whistleblower, der uns den Presseartikel aus der Rhein-Neckar-Zeitung (RNZ) vom 18.02.2016 durchgesteckt hat, außerordentlich dankbar. Diese Meldung war der Ausgangspunkt für unsere eigenen Recherchen zur Person des Investors, den uns der Bürgermeister und der Geschäftsführer der Brauerei in unerschütterlicher Eintracht Anfang Dezember im Schalander vorstellten. Zuerst wurde unserem Stadtrat Horst Knell in den Ausschüssen Redeverbot erteilt und dann unser gleichzeitig zur Verfügung gestellter Fragenkatalog bisher nicht beantwortet. Bis zum heutigen Tag hat uns weder offiziell noch inoffiziell ein Kommunalpolitiker gefragt, zu welchen Ergebnissen unsere Nachforschungen gekommen sind.

---

<sup>2</sup> Frankfurter Rundschau vom 19.10.2019, Seite 13, „Das Wachstum ist zu schwach“

Bisher mussten wir uns aus Vertraulichkeitsgründen mit Details zurückhalten. Dies hat sich seit heute Morgen geändert:

In einer E-Mail, die unser Stadtrat Horst Knell an den Bürgermeister weitergeleitet hat, erklärt ein geschädigter Informant seine Bereitschaft ausführlich und unmissverständlich über seine Erfahrungen mit Herrn Krück zu berichten. Der Informant ist absolut seriös und über jeden Zweifel erhaben. Die E-Mail endet mit dem Satz „Aus unserer Sicht ist Herr Krück ein Betrüger.“

Wir sind gespannt zu erfahren, welche Schlüsse Herr Bürgermeister Koch aus diesem Gespräch ziehen wird. Die Fortsetzung der Verhandlungen mit Herrn Krück halten wir für reine Zeit- und Geldverschwendung. Unser Vertrauen in die Führungsriege dieser Stadt ist auf einem Tiefpunkt angelangt.

Warum?

- Den Stadtverordneten werden immer wieder wesentliche, entscheidungsrelevante Informationen vorenthalten. Die eigenen Pläne und Vorstellungen werden als alternativlos präsentiert. Jeder mag sich selbst ein Bild über die Meldungen zum Würzburger Brauereinvestor machen. **Für uns ist viel wichtiger zu verstehen, warum die Beschlussvorlage zur Brauerei überhaupt auf den Weg gebracht wurde, obwohl dem Bürgermeister bereits im November der Artikel aus der RNZ bekannt war.** Wie können wir als Stadtverordnete richtige Entscheidungen treffen, wenn uns Informationen über den schlechten Leumund des Investors vorenthalten werden? Wir können uns bei der Entscheidungsfindung doch nicht von Whistleblowern abhängig machen!
- In der Pfungstädter Woche vom 22. Januar wird Herr Koch auf der ersten Seite mit den Worten zitiert „Ich kann keine Investoren prüfen“. Gegenüber dem Darmstädter Echo hat er Ende November noch behauptet, natürlich checken wir die Leute, die bei uns investieren wollen. Ja, was denn nun? Warum müssen wir als ehrenamtliche Kommunalpolitiker in so einem brisanten Fall die Hausaufgaben der Verwaltung übernehmen? **Anscheinend haben hier politische Wunschvorstellungen den Blick auf die Realität versperrt.**
- Die Arbeit des Dachverbands und seiner ehrenamtlichen Mitglieder wird seit Jahren mit allen möglichen und unmöglichen Einwänden torpediert.
- Der Bürgermeister vermeidet aus wahltaktischen Gründen den Bürgern dieser Stadt die Wahrheit über seine Pläne zum Schwimmbad offen und ehrlich darzulegen.
- Aufgrund von Budgetzwängen werden Ausgaben ohne die notwendigen Gremienbeschlüsse getätigt.
- Wir waren und sind nach wie vor nicht bereit Verstöße gegen das Hessische Vergabegesetz und gegen die Grundsätze einer ordentlichen Haushaltsführung zu tolerieren. Die dauernde finanzielle Leistungsfähigkeit muss auch ohne überplanmäßige Mittelverschiebungen zwischen den Fachämtern im laufenden Jahr sichergestellt werden.

**Unter Berücksichtigung all dieser Umstände sehen wir uns außer Stande der Haushaltssatzung 2020 zuzustimmen.**

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.